

## Gefahr der Verzettelung

Das Programm der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ kann gegenwärtig als Erfolg verbuchen, daß die entwicklungspolitische Diskussion unverkennbar aus der Sterilität bloßer Grundsatzklärungen herausgeführt wurde. Zahlreiche Beispiele belegen, daß entwicklungspolitische Energien bei gesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Kirchen freigesetzt werden können, wenn nicht nach dem Prinzip „fordern und anklagen“ vorgegangen, sondern nach den möglichen Handlungsbeiträgen gefragt wird, die dem jeweiligen Aufgabenbereich und der jeweiligen Fachkompetenz entsprechen. Dieser fruchtbare Ansatz kann längerfristig insgesamt zu mehr Verständnis für Entwicklungspolitik und zu mehr entwicklungspolitischem Handlungswillen führen. Allerdings zeigt sich bereits an der geschilderten Ausweitung des entwicklungspolitischen Dialogs, vor welchen

*Schwierigkeiten* die kirchlichen Fachgremien stehen, wenn sie auf das wachsende Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Zusammenhänge von Entwicklungspolitik und eigener Zukunftsperspektive kompetent eingehen wollen. Die feststellbaren positiven Ergebnisse werden sich nur in dem Maß fortsetzen lassen, in dem das Eingehen auf komplizierte Sachzusammenhänge von *fachlicher Qualität* getragen wird. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, dies durchzuhalten. Schließlich zeigt sich immer mehr, daß es notwendig sein wird, der Versuchung zu widerstehen, gleichsam jeder Dialogchance nachzugehen und sich in Geschäftigkeit zu verlieren. Es kommt auf Beispiele an und auf Handlungsmodelle. Es kommt darauf an, daß gesellschaftliche Gruppen, Parteien und Kirchen bei sich selbst und untereinander aus eigenem Antrieb die Entwicklungsproblematik in ihr Denken und in ihr Handeln als selbstverständlich integrieren.

*Manfred Sollich*

## „Wieder ins Volk wachsen“

### Ängste und Differenzen im österreichischen Katholizismus

Andere Schwerpunkte als in der Bundesrepublik ergaben die bisherigen Reaktionen in Österreich zum „Fall Küng“. Einerseits ist festzuhalten, daß die Stellungnahmen von nicht-katholischer Seite weniger ätzend ausfielen als in der Bundesrepublik. Parteipolitische Polemik, die sich sonst fast jedes Themas in Österreich bemächtigt, klammerte das Thema Küng bisher weitgehend aus. In einer Fernsehdiskussion daraufhin angesprochen, meinte Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, er werde sich hüten, in diesem Zusammenhang den Papst zu kritisieren, er sei Agnostiker und verstehe davon nichts, das sei sozusagen eine „Sache der Kirche“.

### Kritik aus katholischen Kernbereichen

Andererseits ist auffallend, daß die heftigste Kritik in diesem Fall nicht von Randgruppen kommt, sondern von kernkatholischen Kreisen, denen man in keiner Weise Radikalität oder gar innerkirchlichen Extremismus nachsagen kann. Bezeichnend dafür ist die Bildung eines Pro-Küng-Komitees in Oberösterreich, dem u. a. *Hubert Lehner*, Generaldirektor des oberösterreichischen Landesverlages (eine Institution des katholischen Pressevereins der Diözese Linz), Universitätsdozent *Walter Suk* und mehrere Theologieprofessoren angehören. Auch *Eduard Ploier*, Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, dessen Funktion als „Laiensprecher“ im österreichischen Katholizismus eine entfernte Parallele zum Vorsitzenden des Zentralkomitees deutscher Katholiken aufweist, nahm in kritischer Weise zur Vorgangsweise im „Fall Küng“ Stellung. Ploier sagte, er wolle die theologi-

sche Kontroverse nicht beurteilen, doch sei für ihn die Verfahrensweise erschütternd. Gepflogenheiten des Rechtsstaates, wie Akteneinsicht oder freie Wählbarkeit eines Verteidigers, sollten auch in kirchlichen Lehrprüfungsverfahren, die in manchen Fällen nicht zu umgehen seien, eingehalten werden.

Die Bischöfe in Österreich stellten sich in persönlichen Aussagen hinter die Entscheidung der Glaubenskongregation, doch kam es zu keinen Hirtenworten in diesem Zusammenhang. In seiner stets stark beachteten Silvester-Ansprache im Fernsehen erwähnte der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, den „Fall Küng“ nicht ausdrücklich, sprach aber von Fragen, ob die „Uhren der Weltkirche nicht heimlich zurückgedreht werden sollen“. In manchen Vorkommnissen der letzten Zeit wollten manche – ehrlich besorgt – eine Bestätigung ihrer Befürchtungen sehen, so sagte der Kardinal: „Ehrliche Sorge soll niemand in den Wind schlagen, und ich glaube, der Papst wäre der letzte, der sich darüber hinwegsetzen würde. Aber man würde diesem Papst unrecht tun, das sage ich aus einer jahrelangen Kenntnis seiner Person, würde man ihn als Reaktionär bezeichnen. Papst Johannes Paul II. ist ein prophetischer Papst, ein Mann des Konzils. Er strahlt Vertrauen und Zuversicht aus. Er hat gewiß nicht die Absicht, hinter das Konzil zurückzugehen.“ Der Wiener Erzbischof-Koadjutor *Franz Jachym* und Weihbischof *Helmut Kraetzl* riefen wenige Tage später zum Gebet für den Papst auf, der „um die Einheit der Kirche eine besondere Verantwortung trägt“. Es gehe bei der Auseinandersetzung um wesentliche Lehrinhalte des katholischen Credo, weshalb sich die Glaubenskongregation mit einer Stellungnahme zu Wort habe melden müs-

sen. Kraetzl fügte noch hinzu, über Methoden werde man freilich reden können, und jedes Verfahren sei zu reformieren. Solidaritätsaktionen für Küng würden von kirchlicher Seite weder verhindert noch gefördert. Der Grazer Bischof *Johann Weber* äußerte sich skeptisch zur Gründung von Pro-Küng-Komitees und meinte, die Menschen würden sehr heimatlos werden, hätte man den Eindruck, das Christentum sei so etwas wie ein Selbstbedienungsladen. Andererseits zeigte sich Bischof Weber zuversichtlich, daß nach einer gewissen Abkühlungszeit aller Emotionen der „sogenannte ‚Fall Küng‘ doch zu einer friedlichen Lösung kommen könnte“.

Besonderes Aufsehen in der innerkatholischen Öffentlichkeit erregte jene Ausgabe der katholischen Wochenzeitung „Die Furche“, in der nicht nur das Vorwort Hans Küngs zu dem Buch „Wie der Papst unfehlbar wurde“ von *A. B. Hasler* und der Text der Entscheidung der Glaubenskongregation veröffentlicht wurde, sondern auch eine kritische Stellungnahme des Wiener Theologieprofessors *Josef Weismayer*. Der außerordentliche Professor für dogmatische Theologie und Dogmengeschichte an der Theologischen Fakultät in Wien verwies auf die Differenzen zwischen dem Glauben der Kirche und bestimmten Positionen von Hans Küng. Im Zusammenhang mit der umfangreichen Dokumentation der Deutschen Bischofskonferenz meinte Weismayer, Küng werde den Tatsachen nicht gerecht, wenn er von einer „Nacht- und Nebelaktion“ spreche. Andererseits zweifle er, Weismayer, daran, daß der Glaube der Kirche durch Hans Küng in einem Maß bedroht war, daß sich als einziges Mittel die öffentliche Verurteilung aufdrängte. Der Professor erinnert dann an die „unselige Zeit des Modernismus“ zu Beginn dieses Jahrhunderts und an Maßregelungen so integrierender Theologen wie *Henri de Lubac* und *Yves Congar* zu Zeit Pius' XII. und schließlich an die Ansprache von Papst Johannes XXIII. bei der Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils am 11. Oktober 1962, in der es hieß, die Kirche habe früher Irrlehren mit großer Strenge verurteilt: „Heute dagegen möchte die Braut Christi lieber das Heilmittel der Barmherzigkeit als die Waffe der Strenge anwenden.“ Professor Weismayer fügte hinzu, er hoffe, daß „diese Richtung weiterhin in der Kirche gilt“.

Diese öffentlichen Wortmeldungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Maßregelung Küngs den Erwartungen nicht weniger Katholiken „an der Basis“ entspricht. Einige dieser Katholiken mögen Gruppen und Vereinigungen angehören, die Professor Weismayer in einem „Furche“-Artikel kritisch zitiert und beschuldigt, sie hätten den Schutz des „wahren Glaubens“ auf ihr Banner geschrieben, suchten aber dieses Ziel „durch Denunzierungen und Intrigen zu erreichen“. Andere Katholiken haben jedoch mit derlei Gruppen sicher nichts zu tun und sind doch ähnlicher Meinung – in einem oft unreflektierten Bedürfnis nach Sicherheit, das infolge der heftigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen in der nachkonziliaren Zeit oft gefährdet oder nicht genügend beachtet zu sein schien.

## Kirchliche und politische Unzufriedenheit

Dieses Bedürfnis ist auch in Österreich schon vor dem „Fall Küng“ in verschiedenster Weise sichtbar geworden: der Ruf nach „klärenden Worten“ der Bischöfe wurde von Zeit zu Zeit immer drängender. Die während des Konzils geforderte Offenheit der Kirche ist verschiedentlich als „Laxheit“ und Verunsicherung mißverstanden worden. Die Meinung, daß sich die Kirche deutlicher von anderen Auffassungen absetzen und ihren eigenen Standpunkt viel intensiver vertreten müsse, gewann da und dort an Boden. Kennzeichnend für die großräumige Klimaänderung war auch eine der letzten Sitzungen des steirischen Diözesanrates, in der eine ganze Reihe von Sprechern einen neuen Katechismus verlangten, „damit wir wissen, was wir glauben“.

Diese innerkirchlichen Tendenzen, die insgesamt auf einen restriktiveren Kurs abzielen und ihrerseits wieder Besorgnis bei vielen aufgeschlossenen Katholiken auslösen, werden in Österreich zusätzlich und in vielfältiger Weise durch innenpolitische Ängste und Aversionen aufgeladen. Die Vorgänge des Jahres 1979 in der Alpenrepublik haben diese zweifellos noch weiter zugespitzt. So ist nicht zu übersehen, daß nach dem Wahldebakel des ÖVP-Bundesparteiobmannes *Josef Taus* und dessen Sturz sowie nach dem demoralisierenden Rücktritt des FPÖ-Bundesparteiobmannes *Alexander Goetz* Österreich auf Bundesebene zu einem Land ohne Opposition geworden ist. Beide Oppositionsparteien sind jedenfalls zur Zeit schwer angeschlagen, zum Teil praktisch ausgeschaltet, während die sozialistische Regierungspartei weit über ihre parlamentarische Stärke hinaus in bestimmten Bereichen fast schon unumschränkte politische Herrschaft ausübt. Nur das Augenmaß von Bruno Kreisky schränkt die Macht der eigenen Partei manchmal ein.

In einer solchen ungewöhnlichen Lage wächst naturgemäß auch die politische Verunsicherung bei allen jenen, die der Politik der sozialistischen Partei mit Mißtrauen oder mit Ablehnung gegenüberstehen, und gerade jene katholischen Kreise, die das Vorgehen der Sozialisten beim Beschluß der Fristenlösung im österreichischen Parlament nicht vergessen haben, sehnen sich unter dem Eindruck des Falles einst mächtiger politischer Bastionen nach einem stärkeren Auftreten der Kirche, wobei sie sich in ihren oft illusionären Hoffnungen bisweilen arg enttäuscht, ja verlassen vorkommen. Ein solches Amalgam sowohl innerkirchlicher als auch politischer Frustration birgt zwangsläufig einen „latenten Aggressionsstau“ in sich, der sich schon bei geringen Anlässen entladen kann.

Nur eine derartige Situation kann die interne Erregung erklären, die eine Rede des Wiener Kardinals anlässlich der Überreichung eines hohen päpstlichen Ordens an den sozialistischen Bürgermeister von Wien, *Leopold Gratz*, hervorgerufen hat. In seiner Ansprache aus diesem Anlaß sagte der Kardinal, die Zeiten seien hoffentlich für immer vorbei, in denen von den Kanzeln gegen das Rathaus pole-

misiert und vom Rathaus gegen die Kirche administriert wurde. Der Kardinal dankte dann für die Übernahme der vollen Personallasten der katholischen Privatschulen durch den Staat, die seit der Zeit des Unterrichtsministers Gratz erfolgte. In der Rede hieß es schließlich: „Der Bürgermeister ist der Bürgermeister aller Wiener und nicht nur derer, die ihn gewählt haben. Er ist der Bürgermeister einer Stadt mit überwiegend katholischer Mehrheit. Daraus folgt gewiß keine Bevorzugung, aber noch weniger eine Benachteiligung der Katholiken. Der Bischof von Wien ist der Bischof aller Wiener Katholiken. Diese Wiener Katholiken haben in ihrer Mehrheit ihre politische Heimat in der Partei ihres Bürgermeisters. Die Kirche ist sich dieser Tatsache stets bewußt gewesen, und der Bischof hat immer versucht, diese Tatsache in seinem Wirken in Rechnung zu stellen. Das hat ihm nicht immer Freunde eingetragen. So wie sich vielleicht auch der Bürgermeister nicht immer und überall Freunde geschaffen hat, wenn er sich zur Zusammenarbeit mit der Kirche in einer Reihe von Fragen bekannte.“

Die Meinung, daß diese Ansprache kaum Kontroversen hervorrufen könnte, erwies sich schnell als irrig: wegen des Satzes, daß die Katholiken in Wien, einer seit Jahrzehnten zu etwa 60 Prozent sozialistischen Stadt, ihre politische Heimat in ihrer Mehrheit in der SPÖ haben, kam es zu heftigen Protesten von ÖVP-Seite. Es folgten Zeitungspolemiken, und schließlich warf der seinerzeitige ÖVP-Unterrichtsminister *Heinrich Drimmel* dem Kardinal indirekt „Mangel an Zivilcourage“ vor. Der junge und aufgeschlossene ÖVP-Vizebürgermeister der österreichischen Bundeshauptstadt, der erst bei den letzten Gemeinderatswahlen im „roten Wien“ einen eindrucksvollen Wahlerfolg erringen konnte und der als größte politische Hoffnung im Lager der Volkspartei gilt, beendete die un-

erquickliche Auseinandersetzung mit freundlicher Ironie. Er meinte, die Verleihung eines päpstlichen Ordens für den Bürgermeister von Wien halte er für die selbstverständlichste Sache der Welt, er hoffe freilich, daß das Stadtoberhaupt in vollem Ordensschmuck an der nächsten Fronleichnamsprozession teilnehmen werde.

### Gesundungsprozeß verzögert.

Damit verdeckt nestroyscher Stil die bitteren Untertöne, die auf noch unüberbrückte Abgründe hindeuten. So geringfügig der Vorfall an sich erscheinen mag: er ist ein Indikator dafür, daß im österreichischen Katholizismus Kreislauf und Blutdruck noch nicht stimmen, wie dies der Linzer Pastoraltheologe *Wilhelm Zauner* in dem Sammelband „Kirche in Österreich“ in plastischer Weise ausgedrückt hat, der „Patient“ ist auf Ruhe und Schonung aus, schon geringe nervliche Belastungen bringen ihn aus dem Gleichgewicht: „Hier liegt auch eine wichtige Ursache für den Rückgang des kirchlichen Lebens. Viele wurden durch die Veränderungen irritiert und der Kirche entfremdet. Das erneuerte theologische Denken, die neue Liturgie und die neuen Ausdrucksformen kirchlichen Lebens müssen erst wieder ins Volk wachsen, das Herz erheben, die Seele anrühren, die Mitte treffen. Die Einfärbung ins Österreichische muß erst beginnen.“

Dieser Normalisierungs- und Gesundungsprozeß, der sich durch deutlich zurückgehende Kirchenaustrittsziffern, durch das spontane Entstehen zahlreicher katholischer Jugendgruppen, durch die Mitarbeit vieler Laien in den Pfarrgemeinden und deren Gremien deutlich abzeichnet, dürfte sich aufgrund der jüngsten Ereignisse, die aufs neue Besorgnisse und Polarisierungen provozieren, etwas hinauszögern.

*Fritz Csoklich*

## Interview

# „Die gesellschaftliche Funktion der Schule wird maßlos überschätzt“

Ein Gespräch mit dem niedersächsischen Kultusminister **Werner Remmers**

*Die schul- und bildungspolitische Auseinandersetzung scheint in der letzten Zeit mehr und mehr zur Auseinandersetzung über die Schulform (gegliedertes System hier – integrierte Gesamtschule dort) geworden zu sein. Werden aber nicht zugleich Ziel und Inhalte der Schule verkürzt, z. B. durch eine einseitige Herausstellung gesellschaftlicher Funktionen gegenüber ihrem pädagogischen Auftrag? Wir sprachen darüber mit dem niedersächsischen Kultus-*

*minister Werner Remmers. Die Fragen stellte D. A. Seiber.*

**HK:** Herr Minister Remmers, Sie gelten zunehmend als Einzelkämpfer. Ist bildungspolitisch mit und in den Parteien, vorab in der Union, gegenwärtig nichts zu bewegen?

**Remmers:** Ich glaube, daß durchaus etwas zu bewegen ist. Nur, die CDU hat Veranlassung, ihre Position in mancher